



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Gemeinderat Donaueschingen

Donaueschingen, den 13. Januar 2015

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

als ich unsere Haushaltsrede 2014 zur Vorbereitung der aktuellen Rede durchgegangen bin, lief das vergangene Jahr nochmals wie im Zeitraffer vor mir ab. Mindestens drei große und kommunalpolitisch bedeutsame Umwälzungen standen im vergangenen Jahr neben dem Megathema Konversion an: Erst die Neuwahl des Oberbürgermeisters, dann die Neuwahl des Gemeinderates und zuletzt noch die Umstellung des städtischen Haushalts auf die Doppik. Die OB - Wahl verlief sachlich und fair, wofür im Wesentlichen der respektvolle Umgang der drei Kandidaten miteinander verantwortlich war. Die Kommunalwahl hat dann schon kurze Zeit später einige neue Gesichter in den Gemeinderat gebracht, die neben ihrer Kompetenz auch viele frische Ideen in das Gremium einbringen. Und wer bei der Doppik dachte, dass diese Umstellung nur ein langweiliger und belangloser Verwaltungsvorgang sei, durfte zum Jahresende 2014 dann noch eine kleine Überraschung erleben.

Beginnen will ich jedoch zunächst mit dem Thema Konversion. Die Zukunftswerkstatt war gut besucht und mit vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern wurde ein Potpourri an Ideen gesammelt. Diese Ideensammlung bedarf jedoch noch einer weiteren Verdichtung, einer eingehenden Diskussion und vor allem einem kritischen Faktencheck. Ansonsten kann es nämlich leicht passieren, dass der städteplanerische Wettbewerb zu Vorschlägen führt, die an unseren realen Möglichkeiten und den lokalen Gegebenheiten vorbeigehen. Nach unserer Einschätzung bedarf es deshalb weiterer Planungsgrundlagen und Informationen wie z.B. Wohnflächenbedarfsanalysen, Bestands- und Bedarfsanalysen für Handwerks- und Gewerbeflächen wie auch für schulische - und kulturelle Einrichtungen. Offen ist auch noch die Rechtsform, in die wir den Konversionsprozess organisatorisch einbetten werden. Klar ist nach den Haushaltsberatungen bisher nur die finanzielle Startbasis, mit der wir den Konversionsprozess beginnen wollen. Der Verwaltung möchte ich an dieser Stelle nochmals unseren Dank für die interessante Studienfahrt zu verschiedenen Konversionsprojekten aussprechen. Wir können sicherlich - unter Beachtung aller lokalen Besonderheiten - vom reichen Erfahrungsschatz anderer Gemeinden bei bereits vollzogenen Konversionsprozessen profitieren.

Bei umfangreichen neuen Aufgaben ist es nicht schlecht, wenn bisherige Großprojekte nach und nach abgeschlossen werden können. Sowohl die Sanierung von Residenzviertel und Donauquelle wie auch die Sanierung des Fürstenberggymnasiums neigen sich mittlerweile dem Ende zu. Während das FG zwischenzeitlich ohne größere Überraschungen neue und renovierte Abschnitte übernehmen kann, kommen wir beim Residenzviertel immer wieder mal ins Stolpern: Sei es über Kostenerhöhungen, abhanden gekommene Bäume, längere Bauzeiten oder auch ganz direkt über das verbaute Kopfsteinpflaster. Die - leider - erforderlichen 50.000 € zum nachträglichen Austausch einer Teilfläche werden wir in ein paar Jahren vergessen haben, einen unpraktischen Pflasterbelag aber nie. Deshalb vielen Dank an die FDP/FW Fraktion für ihren Antrag, der zwar eine unbequeme und anstrengende Diskussion nach sich zog, aber eine „glatte“ Lösung zum Ziel hatte. Leider sehen wir uns bei diesem Thema im Sinn einer Problemlösung noch nicht auf der Zielgeraden. Wir beantragen jedoch, dass die Gemeinderatsfraktionen zukünftig die Stellungnahmen des Behindertenbeauftragten automatisch vorgelegt bekommen.

Über die vorgenannten Themen schließt sich der Kreis zum Thema Verkehr. Endlich scheint das langersehnte neue Verkehrskonzept realisiert zu werden. Wahrscheinlich jede Fraktion hat in den letzten Jahren irgendwann ein aktualisiertes Konzept beantragt. Wir freuen uns deshalb auf eine umfangreiche und vor allem aussagekräftige Untersuchung. Diese muss grundsätzlich das gesamte Stadtgebiet einschließlich solcher Spezialthemen wie „Zubringer Allmendshofen“ und „Konversionsgelände“ umfassen, insbesondere jedoch den innerstädtischen Bereich. Dabei müssen Fußgänger, Radfahrer, der Individual- wie auch der öffentliche Verkehr gleichermaßen berücksichtigt werden. Wichtig sind uns dabei auch Konzepte und Varianten zur Verkehrslenkung und zum ruhenden Verkehr sowie Vorschläge zur guten Integration des geplanten neuen Stadtbusverkehrs.

Konzepte erstellen und Ideen entwickeln ist das Eine. Die Umsetzung der Vorhaben ist jedoch das Andere. An diesem Punkt sind wir jetzt bei der Finanzierung und damit mitten im Haushalt 2015 mit der eingangs erwähnten Doppik. Doppik heisst unter anderem auch: Erwirtschaftung der Abschreibungen. Selten hat eine gesetzliche Änderung, die zunächst einmal überhaupt keine reale Einnahme- und Ausgabeveränderung nach sich zieht, so eine Auswirkung auf die Haushaltsberatungen gehabt. Anfangs schien es geradezu so, als ob die Doppik Millionen verschlingen würde, denn es waren Projekte in Millionenhöhe aus dem Haushaltsentwurf verschwunden. Zeitweise schien sich sogar der Eindruck zu verfestigen, dass die Doppik das eigentliche Bermudadreieck der Kommunalfinzenzen ist. Aber der Gemeinderat wusste sich mit einer von der DB entliehenen Notlösung zu helfen. Mit einer Zug- / Schubkombination konnte die schwierige Hürde der Doppik zumindest fürs Erste genommen werden. Aber Spaß beiseite: Der Gemeinderat zog und schob die Verwaltung bei diesem Thema in ganz beachtlicher Weise. Als Konsequenz aus den Diskussionen kam es dann zu etwas verständlicheren Darstellungen im Haushaltsplan, die eine verantwortungsvolle Beratung erst möglich erscheinen ließ. Dennoch bleibt für uns noch Vieles offen. Das geht schon damit los, dass wir bisher kein Gefühl dafür bekommen konnten, ob sich die Stadt mit der Eröffnungsbilanz arm oder reich gerechnet hat. Weiter geht es damit – und man muss das schon fast als Paradigmenwechsel bezeichnen – dass jede Investition zukünftig zu einer höheren Abschreibung führen wird, die im Ergebnishaushalt dann jährlich wiederkeh-

rend mühsam erwirtschaftet werden muss. Da könnte ein pragmatisch gestrickter Gemeinderat fast schon Gefallen an konsumptiven Ausgaben finden, die - einmal finanziert - ohne jede Nachwehen „vervespert“ werden können. Bei einer ausgeprägten Investitionstätigkeit besteht hingegen die Gefahr, dass sich der Gemeinderat wegen den daraus resultierenden Abschreibungen jeden zukünftigen Handlungsspielraum nimmt, selbst wenn die Investitionen ursprünglich mit Eigenkapital vorgenommen wurden oder wenn am Ende der Nutzungsdauer gar keine Ersatzinvestition geplant ist. Im Unterschied zu gewerblichen Investitionen erfolgt nämlich bei vielen kommunalen Investitionen gar kein oder nur ein sehr ungenügender Kapitalrückfluss aus den Erträgen der beschafften „Anlagegüter“. Ausgehend von dieser Betrachtung kommt man deshalb sehr schnell zu den Themen ausgeglichene Haushaltsbilanz und Verschuldung. Vor diesem Hintergrund brauchen wir deshalb noch mehr Transparenz bei der substantiellen Beurteilung von Investitionen und Abschreibungen. Wir halten dabei insbesondere an der Forderung nach einem umfassenden Anlagenspiegel fest. Abschreibungsdauern, Verzinsung, innere Verrechnung und vieles mehr sind hiermit verknüpfte Themen. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir diese Diskussion im Gemeinderat intensiv fortführen müssen, um alle Konsequenzen unserer Entscheidungen wirklich erfassen und bewerten zu können.

Doch zurück zu den konkreten und vergleichsweise griffigen Vorhaben im Haushaltsplan. Wir freuen uns, dass die wichtigen Sanierungen in den Ortsteilen, die zunächst fast alle gestrichen waren, wieder in den Haushaltsplan aufgenommen wurden. Auch die Grüninger Halle hat mit dem umfassend neuen Ansatz wieder eine Chance auf Realisierung. Schade ist, dass die Bewerbung der Südbaar zum LEADER – Programm abschlägig beschieden wurde. Wir sind jedoch optimistisch, dass ein Teil der ausgearbeiteten Projekte auch mit ausschließlich eigenen Mitteln oder mit anderen Zuschüssen realisiert werden kann.

Der energetische Sanierungskurs für die städtischen Gebäude muss beibehalten werden. Überhaupt die Sanierungen. Das ist ein sehr grünes Thema, weil es dabei nicht nur um Ressourcenschonung, sondern auch um weniger Flächenverbrauch geht. Unser Antrag zur Modifizierung der Familienförderung sollte eine Neuausrichtung bewirken. Bauen im Bestand, die Renovierung alter und teilweise leerstehender Gebäude sollte zukünftig statt dem Neubau auf der „grünen Wiese“ gefördert werden. Vordringlich waren für uns dabei die Ortskerne mit ihrem vermehrten Leerstand, da die Förderung zu deren Erneuerung und Reaktivierung führen sollte. Wir bekamen sehr positive Rückmeldungen von vielen -, aber eben nicht von allen Ortsteilen. Und so wurde aus einem zukunftsweisenden Antrag leider nur ein Kompromiss. Dies zeigt, dass ein 10 Jahre alter Beschluss der früheren konservativen Landesregierung mit einer klaren Vorgabe zum Stopp des Flächenverbrauchs bei uns noch nicht angekommen ist. Dies trotz 17 ha Konversionsfläche, trotz hoher sechsstelliger Summen für manchen Ortsteil zur Innenentwicklung und trotz gebetsmühlenartig wiederholter Klagen über den demographischen Wandel und die damit wegfallende Nutzung von Bestandsgebäuden. Verstärkt und verschlimmert wird das Ganze durch den Beschluss zur Erschließung eines weiteren Neubaugebiets in Wolterdingen. Dieser Beschluss kam auch deshalb zustande, weil es nach Aussage des Wolterdinger Ortsvorstehers absehbar keine freien Bauplätze und schon jetzt keine Baulücken mehr gibt, was jedoch nicht den Tatsachen entspricht. Das Resultat dieser Entscheidungen ist, dass es weiterhin eine Familienförderung für die

Bauplatzverkäufe gerade auch im Wolterdinger Neubaugebiet geben wird. Falsche Entscheidungen werden damit noch finanziell belohnt. Gekrönt wird das Ganze dadurch, dass es kaum möglich sein wird, sämtliche Grundstücks- und Erschließungskosten für dieses Neubaugebiet im bisher vorgesehenen Verkaufspreis unterzubringen. Also nochmals eine Subvention zur Zersiedlung der Landschaft und eine widersinnige Konkurrenz zur Sanierung der Ortskerne. Das ist kein gutes Ergebnis!

Ähnlich Widersprüchliches findet sich vielleicht nur noch in einer der letzten Bauausschusssitzungen. In der betreffenden Sitzung wurde ein Vorhaben zum Neubau von Hangars auf dem Donaueschinger Flugplatz vorgestellt. Vorhabensträger ist die Flugplatz GmbH, deren Geschäftsführer wenige Monate zuvor im Gemeinderat öffentlich berichtete, dass bis 2017 angesichts der hohen GmbH - Verschuldung nicht an Investitionen zu denken sei. Wir halten fest: Kein mittelfristiges Konzept mit Bestand und wenig Geld in der GmbH - Kasse, aber trotzdem Pläne für einen Neubau. Angesichts der Beteiligungsstruktur der Flugplatz – GmbH sind wir da ziemlich erstaunt.

Wir hoffen, dass es bei den anstehenden Donaueschinger Projekten anders angegangen wird. Das wird nicht einfach werden, weil Großprojekte wie die Sanierung bzw. der Neubau der Realschule extrem kostenintensiv sind und zudem in einem schulpolitischen Umfeld stattfinden, das immer noch reichlich unübersichtlich ist. Denn neben der Realschule gibt es auch die Eichendorffschule als Haupt- und Werkrealschule, die bildungspolitisch in enger Wechselwirkung zur Realschule steht. Solche Zusammenhänge sollten bei den Überlegungen weder ausgeblendet werden, noch sollten wir das Thema dem Ausgang der Landtagswahl 2016 überlassen. Wir sehen gemäß einem Vorschlag aus der Elternschaft durchaus die Möglichkeit, beide Schulen in einem Gebäude unterzubringen, um für alle landespolitischen Veränderungen im Schulbereich vorbereitet zu sein. Wir halten es zudem für unredlich, die Weiterentwicklung der Eichendorffschule mit ihrer Schulgemeinde auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben.

Bei all den finanziellen, strukturellen und haushaltstechnischen Überlegungen ist es gut, wenn wir immer die Menschen im Blick behalten. Dies gilt insbesondere für die Schwächsten der Gesellschaft. In Donaueschingen und auch darüber hinaus. Der Antrag der GUB zur fairen Beschaffung darf deshalb nicht als gescheitert liegen bleiben, sondern unser Weg sollte eher weiter in Richtung „Fair Trade Stadt“ gehen. Dies schon allein deshalb, damit Menschen Perspektiven in ihrer Heimat haben und nicht als Asylsuchende aus Elend, Vertreibung und Krieg zu uns flüchten müssen. Wir möchten in diesem Zusammenhang allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, die sich in die Betreuung von Asylbewerbern einbringen, unseren Dank und unsere Anerkennung aussprechen.

Ich komme zum Schluss unserer Haushaltsrede. Sie werden bemerkt haben, dass uns nicht alle Entscheidungen im Vorfeld dieser Haushaltsaufstellung gefallen haben. Bei vielen Themen brauchen wir noch bessere Informationen, bei manchen Dingen eine noch weitergehende Analyse. Manche Dinge sind auch schlicht falsch gelaufen. Trotz dieser Einschränkungen: **Wir stimmen dem Haushalt 2015 zu.**

Danken möchte ich an dieser Stelle der Verwaltung und Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, für die gute Zusammenarbeit und die offene Diskussion. Nicht zuletzt wünsche ich Ihnen allen und allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern nachträglich noch ein gutes Neues Jahr 2015.

Michael Blaurock
für die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen

Doku-Info:
5 Seite(n), 1800 Wörter, 11589 Zeichen